

## Anlage 4

### Rede zur Aktuellen Debatte - Stadtratssitzung am 14. Februar 2008 "Soziale Situation Kinder und Jugendlicher in der Landeshauptstadt Magdeburg"

Wigbert Schwenke  
stellv. Vorsitzender der Fraktion der CDU im  
Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

[Es gilt das gesprochene Wort]

Sehr geehrte Herr Stadtratsvorsitzender Ansorge,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,  
sehr geschätzte Vertreter der Medien,  
sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Herr Müller, Ihre Anträge kannte ich bisher nicht, so dass mein Beitrag etwas allgemeiner und nicht so lyrisch ist wie Ihrer. Unser Land braucht starke Kinder und Jugendliche, die ihren Platz in unserer Stadt und in unserer Gesellschaft finden. Diese Kinder und Jugendlichen brauchen Verlässlichkeit und Zuwendungen in ihrem unmittelbaren Umfeld, damit sie zu starken Persönlichkeiten heranreifen können. Jedes Kind und jeder Jugendliche verfügt über besondere Stärken und Talente. Allen Kindern und Jugendlichen faire Startchancen und Chancen für die persönliche Entfaltung zu bieten, ist das Leitbild der Kinder-, Jugend und Familienpolitik der CDU in Magdeburg.

Um es klar zu sagen, Kinderarmut in einem so reichen Land wie Deutschland ist beschämend.

Armut lässt sich nicht allein auf den materiellen Aspekt reduzieren, sondern es geht auch um kulturelle, soziale Armut und damit auch um Chancenarmut. Als arm gilt, wer weniger als 60% des Durchschnittsverdienstes zur Verfügung hat, so die Definition der EU. Ein besonders hohes Risiko von materieller Armut betroffen zu sein, haben Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss oder Personen, die nur über eine geringere Qualifikation verfügen. Aber auch Alleinerziehende sind überdurchschnittlich von dieser Problemlage betroffen. Kinderarmut ist meist die Begleiterscheinung der Erwerbslosigkeit der Eltern oder Folge von Scheidungen.

Auswirkungen dieser materiellen Armut sind vielfach auch geringere Chancen in Fragen der Bildung für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie als negative Folge eine einseitige und schlechte Ernährung. Studien haben bewiesen, dass mit dem derzeitigen Sozialgeldsatz von 207 € eine gesunde Ernährung nach modernen Maßstäben grundsätzlich nicht möglich ist.

Hinter den nackten Zahlen von z. B. 2 Millionen betroffenen Kindern und Jugendlichen in Deutschland stehen schlicht und ergreifend auch 2 Millionen Einzelschicksale.

Jetzt zu den konkreten Zahlen für die Landeshauptstadt Magdeburg. In unserer Stadt leben mehr als 40.000 Menschen von staatlichen Fürsorgeleistungen, wie Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV. Das sind mehr als 17% der Gesamtbevölkerung. Rund 37%, also mehr als ein Drittel aller Kinder unter 15 Jahren in Magdeburg, lebt von Leistungen nach dem SGB II.

Die Schulabbrecherquote in Magdeburg dürfte sich im Landesdurchschnitt, also um die 11 Prozent bewegen. Im Dezember 2007 gab es in der Landeshauptstadt 1700 Personen im Alter von unter 25 Lebensjahren, die arbeitslos waren.

Fast alle Träger, die in dem Sozialbereich tätig sind, berichten von einem Ansteigen der Bedarfe sowie einer stärkeren Nutzung der Kleiderkammern, der Suppenküchen oder des Möbellagers.

Auch wenn sich die Armut in unserer Stadt nicht so offen zeigt, sie ist zweifellos vorhanden.

In der Landeshauptstadt Magdeburg gibt es bereits zahlreiche Vorhaben, Projekte und Träger, die sich mit der geschilderten Thematik intensiv auseinandersetzen. Auch von Seiten der Stadtverwaltung gibt es entsprechende Bemühungen, wie vom Sozial- und Wohnungsamt und dem Jugendamt, deren Mitarbeitern ich hier für ihr Engagement, das häufig über die dienstlichen Verpflichtungen hinausgeht, einmal danken möchte.

An dieser Stelle nun ein kurzen Abriss zu den vorhandenen Hilfsangeboten. Die wichtige Arbeit, die in den Kleiderkammern, Suppenküchen und Möbellagern geleistet wird, habe ich ja bereits kurz erwähnt.

In den Kindertageseinrichtungen und Horten werden auf Antrag die Gebühren für die Betreuung der Kinder ganz oder teilweise erlassen. Vor Kurzem beschloss der Stadtrat, die Bibliotheksnutzung für Grundschüler kostenlos zu gestalten. Die Seniorenvertretung mit ihrer bereits prämierten Vorleser-Initiative führt die Kinder ebenfalls an das Medium Buch heran. Alle diese Maßnahmen, und weitere hier ungenannte, haben das Ziel, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt zu stärken.

Mit dem Einsatz kommunaler Mittel im Rahmen der Schulsozialarbeit und des jugendpolitischen Programms zur beruflichen und sozialen Integration

Benachteiligter in der Landeshauptstadt, hier sei beispielhaft das BIB-Programm genannt, versucht die Stadt und das Gremium Stadtrat auch in Zeiten knapper Kommunalfinanzen entsprechende Prioritäten zu setzen.

Weitere wichtige Impulse, um den Betroffenen zu helfen, gehen u.a. auch von den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, egal, ob in städtischer oder freier Trägerschaft, sowie verschiedenen Beratungsstellen aus.

Für die Beschlüsse, Magdeburg als kinderfreundliche Stadt zu definieren und weiterzuentwickeln und eine Kinderfreundlichkeitsprüfung grundsätzlich bei allen Entscheidungen der Stadt durchzuführen, gab es eine breite politische Mehrheit. Die Arbeit des Magdeburger Bündnisses für Familien findet ebenfalls eine starke überparteiliche Unterstützung.

Mit der Tagung „Zu wenig für zu viele - Magdeburger Familien in Armut“ des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt und des Familienhauses Magdeburg wurde für die Thematik noch einmal deutlich sensibilisiert.

Was muss getan werden, um die soziale Situation von Kindern und Jugendlichen in Magdeburg zu verbessern? Wir sind uns sicher darin einig, dass es ein Allheilmittel in diese Frage nicht gibt und die Möglichkeiten der Kommunalpolitik hier nur sehr eingeschränkt sind. Trotzdem möchte ich versuchen, Ansätze auf den diversen politischen Ebenen darzustellen.

Auf Bundesebene muss das heutige Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting umgebaut werden. Das Verfahren für den Kinderzuschlag ist erheblich zu vereinfachen und der Ausbau dieses Instrumentes für sozial schwache Familien zu forcieren. Eine Erhöhung des Kindergeldes, wie gerade diskutiert, ist außerordentlich zu begrüßen. Die Mehrwertsteuer für den Grundbedarf an kinderüblichen Artikeln ist auf den ermäßigten Steuersatz von 7% zu senken. Auch über die Etablierung sogenannter Kombi-Lehren für benachteiligte Jugendliche muss dringend nachgedacht werden.

Es müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, damit die Teilnahme an den für Kinder so wichtigen Vorsorgeuntersuchungen verpflichtend wird. Verbunden damit müssen auch Sanktionsmöglichkeiten, z. B. auch in finanzieller Hinsicht, sein. Innerhalb der Kindertageseinrichtungen muss auch für die Kinder mit einem Halbtagsanspruch die Erfüllung des Bildungsauftrages gesichert werden.

Allgemein spielen die Kindertageseinrichtungen eine immense, wenn nicht gar die Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der dargestellten Problemlagen. Diese Einrichtungen können durch niedrigschwellige Angebote, z. B. in Form von Informationen über die vorhandenen Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten, die Betroffenen am besten erreichen, da hier praktisch täglicher direkter Kontakt zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Eltern stattfindet. In Fragen gesunder Ernährung könnten dort entsprechende Schulungsangebote unterbreitet werden. Die Schulungen müssten im Üb-

rigen zumindest ebenfalls in den Grundschulen auch für die Schüler und die Eltern angeboten werden. Natürlich muss eine entsprechende Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen.

Bei der Vergabe von städtischen Fördergeldern an Vereine bzw. Initiativen ist auf einen angemessenen Umgang dieser mit von Armut Betroffenen zu achten. Insbesondere müssen entsprechende Angebote für sozialbenachteiligte Kinder und Jugendliche existieren. Allgemein muss bei der Förderung von sozialen Projekten die institutionelle Förderung prioritär gegenüber der zeitlich begrenzten Projektförderung stattfinden. Nur zu häufig fehlen den sozial Benachteiligten die Vertrauenspersonen, die für dieses Vertrauen lange arbeiten mussten, weil die entsprechenden Hilfsprojekte beendet worden sind.

Das BIB-Programm der Stadt muss weitergeführt werden. Unzweifelhaft muss die Zahl derjenigen Schülerinnen und Schüler, die ihre Schullaufbahn ohne Abschluss beenden, dringend sinken. Die Ausgabe des Magdeburg-Passes muss auch in der haushaltslosen Zeit weiterhin abgesichert werden.

Die Einführung einer grundsätzlich kostenlosen Schülerbeförderung, bei entsprechender Landesförderung, befürworten wir genauso wie die freiwillige Einführung von Schuluniformen an den Bildungseinrichtungen in unserer Stadt.

Das Instrument Streetwork, insbesondere an den sozialen Brennpunkten, ist konsequent auszubauen.

Schlussendlich brauchen wir familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien. Die Erzielung eines ausreichenden Erwerbseinkommens ist immer noch der beste Schutz vor Armut. Hier gibt es sicher noch Verbesserungsbedarf in der Ansiedlungs- bzw. Wirtschaftspolitik.

Sicher sind meine Ausführungen an dieser Stelle nicht abschließend, sondern können nur ein Teil der notwendigen Maßnahmen der Armutsbekämpfung abbilden. Schlussendlich ist der Kampf gegen die Armut in all ihren Facetten und Ausprägungen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der auch die Wertevermittlung gehört, bei der wir alle gefordert sind.

Im Namen der CDU-Ratsfraktion sichere ich ihnen zu, dass wir unseren Beitrag zur Lösung dieser Thematik leisten wollen und werden.

Denn, meine Damen und Herren, die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Zukunft unserer Stadt und wir haben alle den Auftrag, ihnen die Chancen für einen bestmöglichen Start in ihr Leben zu eröffnen.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit